

# Wahlprogramm der



zur Bundestagswahl am 23. Februar 2025

## Vorspruch

Hiermit dürfen wir Ihnen das Wahlprogramm der Bayernpartei zur Bundestagswahl 2025 vorstellen. Dabei ist festzuhalten, dass die Leitlinien unseres politischen Handelns bereits in unserem Grundsatzprogramm „Weiß-blaue Grundsätze“ zu finden sind.

Daher sind in diesem Wahlprogramm nur ergänzende wie auch präzisierende Aussagen niedergelegt und auch nicht alle politischen Handlungsfelder angesprochen, da diese bereits ausführlich im Grundsatzprogramm dargelegt sind. Dieses finden Sie unter [www.bayernpartei.de](http://www.bayernpartei.de).

Dieses Wahlprogramm wurde am 14. Juli 2024 auf dem Parteitag der Bayernpartei in München verabschiedet.

## Inhaltsverzeichnis

I. Unabhängigkeit für Bayern! .....	1
Unabhängigkeit Bayerns in 3 Schritten: .....	2
II. Bildungspolitik für Bayern .....	2
III. Energiepolitik für Bayern.....	3
IV. Ein Staatsfonds für Bayern.....	4
Einführung eines Bayerischen Staatsfonds .....	4
Vorteile eines Bayerischen Staatsfonds sind: .....	5
V. Sozialpolitik für Bayern.....	5
Arbeit und Grundsicherung.....	5
Daseinsvorsorge .....	5
Gesundheitsversorgung .....	5
Wohnen.....	6
Selbstbestimmte Pflege .....	6
Behindertengerechte Gesellschaft .....	6
Generationengerechtigkeit .....	6
VI. Wirtschaftspolitik für Bayern.....	6
Schlanke öffentliche Verwaltung für Bayerns Wirtschaft .....	6
Keine politisch motivierten Eingriffe in Märkte, Prozesse und Lieferketten .....	6
Innovation statt Ideologie.....	6
Abschaffung der Gewerbesteuerumlage .....	7
Vereinfachung des Steuerrechts .....	7
VII. Landwirtschaftspolitik für Bayern.....	7
Düngeverordnung.....	7
Gentechniken.....	7
Stärkung heimischer Futtermittelerzeugung .....	7
Regionale Versorgung .....	8
Höfesterben beenden.....	8
Flächenverbrauch reduzieren .....	8
VIII. Verkehrspolitik für Bayern .....	8
Mobilität für alle .....	8
Mobilität in bayerische Hand .....	8
IX. Kulturpolitik und regionale Identität .....	8
Lebendige Heimatsprachen statt Einheitsbrei .....	8
Systematische Förderung der regionalen Sprachen und Dialekte.....	9
Regionale Baukultur fördern.....	9
Traditionen und Brauchtümer erhalten .....	9
X. Umweltpolitik für Bayern .....	9
Naturlandschaften Bayerns erhalten .....	9
Neue Flächenversiegelung minimieren.....	9
Regionale Materialien verwenden.....	9
Mehr Eigenständigkeit bei Umwelt- und Verbraucherschutz .....	9

## I. Unabhängigkeit für Bayern!

Weg vom Berliner Wahnsinn!

Für eine freie und unabhängige Zukunft Bayerns in einem Europa der Regionen.

Politische Entscheidungen sollten so nah wie möglich am Bürger getroffen werden.

Die Bayernpartei favorisiert hier das Prinzip der Subsidiarität. Dadurch wird eine zielgerichtete Beteiligung der Bevölkerung erreicht. In der überregulierten Bundesrepublik ist dies aus unserer Sicht nicht mehr umsetzbar. Eine tragfähige Zukunft sehen wir nur in einem eigenständigen Bayern in Europa.

Rechtlich möglich ist dies zweifelsohne. Aus der Bayerischen Verfassung, aber auch aus dem Grundgesetz, lassen sich juristische Wege zur Eigenstaatlichkeit ableiten. Mit diesem Bestreben sind wir keinesfalls alleine. Die Bayernpartei ist Mitglied der Europäischen Freien Allianz (EFA), in der sich mehr als 40 europäische Parteien zusammengeschlossen haben. Die Idee eines föderalen Europas der Regionen gewinnt immer mehr Anhänger.

Warum ein unabhängiges Bayern?

Die Interessen der Menschen in Bayern werden von der Bundespolitik seit geraumer Zeit mit Füßen getreten. Dies betrifft sowohl demokratische Mitbestimmungsrechte, wie auch kulturelle und sicherheitspolitische Interessen Bayerns.

Darüber hinaus sind Bayerns Bürger die Zahlmeister Deutschlands. Bayern zahlte allein im Jahre 2022 im Zuge des Länderfinanzausgleiches bei einem Staatshaushalt von 71 Milliarden fast 10 Milliarden Euro an andere Bundesländer. Insgesamt hat Bayern seit Einführung des Länderfinanzausgleiches weniger als 4 Milliarden Euro erhalten, jedoch mehr als 108 Milliarden Euro gezahlt.

Mit weiteren Zahlungen via Sozialkassen, Bundessteuern, etc. kam Bayern im Jahr 2022 auf über 44 Milliarden Euro Transferzahlungen netto. Der Trend geht weiter nach oben!

Jährlich führt also jeder Bürger Bayerns unter Berücksichtigung aller Gegenleistungen mehr als 3.000,- Euro an den Bund ab.

In einem unabhängigen Bayern gäbe es u.a.:

- eine eigenständige Energiepolitik
- keine Erbschaftsteuer und eine sichere Rente
- eine schlanke staatliche Verwaltung
- eine flächendeckende Gesundheitsversorgung
- bedeutend weniger Verbote
- mehr persönliche Freiheit und weniger Überwachung
- den Erhalt des Bargeldes
- eine echte Grenzsicherung
- das bayerische „Leben und leben lassen“

Unabhängigkeit Bayerns in 3 Schritten:

1. Konsequente Nutzung von schon jetzt bestehenden politischen und rechtlichen Möglichkeiten zum Wohle der Menschen in Bayern. Notwendig ist dies - aus unserer Sicht - speziell in der Bildungs-, Kultur-, Gesundheits- sowie in der Sicherheitspolitik. Die Staatsregierung schafft es seit vielen Jahren nicht, den Interessen Bayerns in Berlin Gehör zu verschaffen. Die beschlossene Wahlrechtsreform im Bund wird den Einfluss Bayerns in Deutschland noch weiter vermindern.
2. Verhandlungen mit der BRD, um mehr Kompetenzen und Autonomie für Bayern zu erreichen. Mehr Selbstbestimmung über die eigenen Belange (ähnlich den amerikanischen Bundesstaaten). Dazu gehört insbesondere die Entflechtung der Finanzstrukturen mit Deutschland, um eigenverantwortlicheres Handeln zu ermöglichen.
3. Nach den erfolgten Schritten 1 und 2 eine Volksabstimmung in Bayern über die Loslösung von Berlin, um ein eigener, unabhängiger Staat in Europa zu werden.

## II. Bildungspolitik für Bayern

Eine solide und zielführende Bildungspolitik bildet die Grundlage für ein funktionierendes gesellschaftliches Miteinander und ist ein nachhaltig fungierendes und tragendes Grundelement jeglicher Staatlichkeit. Bildungspolitische Fehlentwicklungen, Missstände oder gar Mängel haben vielfach weitreichende und gravierende Auswirkungen in wesentliche Bereiche des alltäglichen Lebens.

Es ist Kernaufgabe des Bayerischen Kultusministeriums, das Funktionieren des Schulsystems auf allen Schulebenen durch eine vorausschauende und nachhaltige Lehrerversorgung zu gewährleisten. Das jahrelange Versagen der aktuellen Regierungsparteien gegenüber dieser Verpflichtung sowie eine Flickschusterei zu Lasten der Schüler, der Lehrkräfte und, wie derzeit seitens unseres Ministerpräsidenten gefordert, auf Kosten anderer Bundesländer, prangern wir (als reine Heuchelei) an!

Um die **vorschulische Bildung** in Bayern zu stärken, bedarf es einer deutlich verbesserten personellen Ausstattung in den Kinderkrippen, den klassischen Kindergärten sowie im Hortbereich. Wir wenden uns gegen eine noch weitere Absenkung der Ausbildungsdauer. Ferner soll die Ausbildungsvergütung im Sozialpädagogischen Einführungsjahr sowie im Berufspraktikum deutlich erhöht werden

Die finanzielle und personelle Ausstattung sowie die gesellschaftliche Akzeptanz der **Mittel- und Realschulen** müssen ebenso dringend erhöht werden. Die Gehälter der Lehrkräfte an diesen Schularten müssen verbessert werden, um mehr Lehrkräfte für diese zu gewinnen. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels wirkt sich die absolut unsinnige und realitätsferne einseitige Fokussierung auf das Gymnasium gesamtgesellschaftlich negativ aus.

Die Bayernpartei spricht sich ausdrücklich für eine **Stärkung des dualen Bildungssystems**, für das Nebeneinander von schulischer und beruflicher Bildung, für eine stärkere Praxisorientierung sowie für die Notwendigkeit einer lebenslangen, berufs begleitenden Weiterbildung, gerade vor dem Hintergrund des sich stetig wandelnden Arbeitsmarktes, aus.

Die **Hochschulpolitik** der Regierungsparteien führt seit Jahren zu einer Akademikerschwemme, in der Quantität vor Qualität rangiert. Politischen Forderungen, nach denen 50% eines Jahrganges auf die Hochschulen geführt werden sollen, stellen wir uns vehement entgegen. Ein schmerzhafter Fachkräftemangel im Handwerk steht dadurch, trotz einer Aufweichung des Universitätsniveaus, einer steigenden Anzahl an Studienabbrechern und immer mehr Dauerstudenten gegenüber. Wir fordern

diesbezüglich eine Abkehr und Revidierung des Bologna-Prozesses und die Rückkehr zu Diplom- und Magisterstudiengängen!

Die Bayernpartei appelliert darüber hinaus eindringlich dafür, Lehrstühle für bayerische Geschichte, bayerische Sprache und Literatur an allen Universitäten mit entsprechenden Fakultäten in Bayern einzuführen.

Wir unterstützen ausdrücklich die **Inklusion** unserer Schülerinnen und Schüler in den Regelunterricht unseres dreigliedrigen Schulsystems! Für den Fall, dass dies für alle Beteiligten, insbesondere für die zu Integrierenden selbst, nicht mehr zielführend und ohne damit einhergehende Nachteile gewährleistet werden kann, muss eine gezielte und individuelle Unterstützung durch ein flächendeckenderes Angebot an Förderschulen sichergestellt werden. Es gilt darum Förderschulen nicht nur zu erhalten, sondern sie auszubauen!

Eine nachhaltige **Integration** kann nur dann gewährleistet werden, wenn wir es schaffen, ein starkes Bewusstsein für unser eigene Heimat und die Einzigartigkeit unserer bayerischen Kultur zu vermitteln. Gelingt es uns, gemeinsam diese Wertigkeit zu verankern, fungiert diese automatisch als Gemeinschaft stiftendes Element. Da dies in vielen Familien nicht mehr geleistet werden kann, obliegt es mehr denn je denn Schulen, aber auch schon vorschulischen Einrichtungen, dieses zu vermitteln und zu stärken. Tradition, Dialekt, Kultur, Brauchtum und regionale Verbundenheit müssen als identitätsstiftende Aspekte wieder bewusster akzentuiert und gelebt werden.

### III. Energiepolitik für Bayern

#### **Für eine solide und zielführende Energiepolitik als Grundlage für eine prosperierende und umweltfreundliche Gesellschaft.**

Nur eine unabhängige, technologieoffene und vor allem ideologiefreie Energiepolitik ist die Lösung für nachhaltige und bezahlbare Energie in Bayern.

Bayern hat einen speziellen Energiemix, da z.B. bis zur Abschaltung von Isar 2 der Anteil der Atomenergie höher war als in anderen Bundesländern Deutschlands.

Wir brauchen eine dezentrale Energieversorgung und deren effiziente und sparsame Nutzung. Im windarmen Bayern ist Windkraft leider – bis auf wenige Bereiche - nicht zielführend, während Photovoltaik hier vergleichsweise eine sinnvollere Anwendung ist.

Bayern braucht eine sichere und unabhängige Energieversorgung. Wir stellen Ihnen hiermit unsere bayerischen Lösungsvorschläge vor.

#### **Unser Konzept zur Lösung der Energiekrise:**

- Technologieoffenheit bei der Energiegewinnung für Bayern
- Grundlastsicherung zu jeder Zeit (z. B. mittels Flüssigsalzreaktoren und Blockheizkraftwerken)
- Etablierung einer eigenen bayerischen Gas- und Ölversorgungsstruktur
- Einsatz von Geothermie, Solar- und Windkraft in Landesteilen, in welchen dies sinnvoll ist
- verstärkte Nutzung von Wasserkraft (Bayern ist schon jetzt das auf diesem Sektor führende Bundesland)
- Forcierung des Einsatzes von Energiegewinnungssystemen wie Biomasse, rotorblattlose Windturbinen und Schachtkraftwerken
- Weiterentwicklung und umgehender Bau von Energiespeichern
- Förderung und Ausbau von Wasserstoff und anderer Alternativkraftstoffe als Energieträger

## Warum ist eine unabhängige Energieversorgung so wichtig?

Die Bundespolitik führt einen Feldzug gegen die bayerische Energieversorgung.

Es wird erprobte und vorhandene Infrastruktur vernichtet und zerstört.

Bürger und Industrie sind jedoch auf sichere und günstige Energie angewiesen!

Aufgrund der erzwungenen Zunahme von Elektromobilität und Wärmepumpen zum Heizen ist mit einer Überlastung der dafür nicht ausgelegten Stromnetze und Infrastruktur zu rechnen.

Eine bayerische Staatsregierung muss sich mit allen Mitteln dafür einsetzen, dass die Bezahlbarkeit und durchgehende Versorgungssicherheit während dieser Umstrukturierung der Energieerzeugung zu tragbaren Kosten gewährleistet ist! Dies ist nur durch Innovationen zu erreichen und nicht durch unsinnige Verbote. So lehnen wir beispielsweise ein Verbot der Nutzung von Holz als Energieträger strikt ab.

Es ist daher für unser Land als Industrie- und Innovationsstandort strategisch wichtig, verschiedenste Technologien (in Bereichen wie Wasserstoff, LENR- und SMR-Reaktoren, Windturbinen, Pumpspeicherkraftwerke, Brennstoffzellen, synthetische Kraftstoffe u.a.) zu erforschen, zu erproben und zu produzieren.

Die Bayernpartei ist gegen eine Abhängigkeit von Strom aus dem Norden Deutschlands und fordert eine eigene unabhängige Energieversorgung für Bayern.

## IV. Ein Staatsfonds für Bayern

Unsere Sozialsysteme, die Haushalte der Kommunen, Städte und Kreise und die Förderung der Wissenschaft/Forschung und unserer heimischen Wirtschaft, leiden immer mehr unter mangelnder Finanzierbarkeit. Hervorgerufen wurde dies durch die exorbitante Ausgabenpolitik der aktuellen Bundesregierung und ihrer Vorgänger, denen als Finanzierung nichts anderes als Schuldenmacherei und Steuererhöhungen einfiel und aktuell immer mehr einfällt. Bayern und seine Bürger stehen hier im Fokus der Begehrlichkeiten und sollen immer mehr zum alleinigen Zahlmeister Deutschlands werden. Wir fordern, dem entschlossen und aktiv im Sinne unserer Bürger entgegenzusteuern und mit dem Bayerischen Staatsfonds ein hochwirksames Gegenmittel zu etablieren. Bayerisches Geld für bayerische Bürger!

### Einführung eines Bayerischen Staatsfonds

Ein bayerischer Staatsfonds könnte nach norwegischem Vorbild etabliert und über den bayerischen Staatshaushalt, aber auch zum einen über eine Reduktion/Beendigung der Zahlungen in den Länderfinanzausgleich (Finanzkraftausgleich) und zum anderen über die teilweise oder gänzliche Eigenverwendung von bayerischen Steuereinnahmen finanziert werden. Anteilig soll der Fonds über den Verkauf von Fondsanteilen an bayerische Staatsbürger mitfinanziert werden, auch damit diese mittelfristig davon profitieren können. Klassische Investoren/Gesellschaften sollen keine Anteile erwerben können.- Eine Etablierung kann mit einem Stufen-Plan erfolgen: zunächst, um den „Not-Finanzbedarf“ bayerischer Bürger und den Unterstützungsbedarf der bayerischen Wirtschaft zu decken, bis die aktuellen Krisen überstanden sind. Im nächsten Schritt kann die entsprechende Anlage von Geldern gemäß dem norwegischen Vorbild erfolgen. Danach soll der Fonds die Sozialsysteme und Kommunen finanziell unterstützen und insbesondere auch gezielt in bayerische Unternehmen investieren, um sie vor der nicht-selbstverschuldeten Pleite, dem Ausverkauf oder der Abschöpfung von

Knowhow zu schützen. Um eine einseitige Vereinnahmung durch die Politik zu unterbinden, dürfen maximal 49% des Managements, des Aufsichtsrats und der Mitarbeiter aus Politikern bestehen, grundsätzlich sollen nur fachlich geeignete Bürger als Mitarbeiter eingestellt bzw. in den Aufsichtsrat berufen werden. Der Bayerische Staatsfonds soll Verfassungsrang erhalten, um eine Plünderung durch die Regierung zu unterbinden.

Vorteile eines Bayerischen Staatsfonds sind:

- Bayerisches Geld für bayerische Bürger
- Unabhängigkeit von der Bundespolitik
- Verbesserung der Sozialstandards in Bayern
- Schutz der heimischen Wirtschaft vor Ausverkauf und Know-how-Verlust. -
- Förderung von Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung.
- Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen
- Verbesserte finanzielle Unterstützung von Kommunen, Kreisen und Städten.
- Sichere Geldanlage für bayerische Bürger und die öffentliche Hand.

## V. Sozialpolitik für Bayern

### Arbeit und Grundsicherung

Bedürftige, die nicht für sich selbst sorgen können, müssen in einem Sozialstaat natürlich Unterstützung bzw. Grundsicherung bekommen, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht zu gefährden. Es muss aber ein sogenanntes Lohnabstandsgebot existieren, d.h. die staatlichen Transferleistungen dürfen nicht höher sein, als das Einkommen aus Arbeit. Ansonsten verliert die Arbeit in der Gesellschaft und in der gesellschaftlichen Tradition ihren Wert und ihre Bedeutung. Da alle staatlichen Leistungen und der Wohlstand eines Landes zunächst durch Arbeit erwirtschaftet werden müssen, begeben wir uns durch eine Umverteilung „mit der Gießkanne“ immer mehr in Richtung Staatswirtschaft – wir haben jetzt schon eine sehr hohe Regulierungsdichte, die Staatsquote in Deutschland betrug im Jahr 2022 bereits an die 50 Prozent. Die Gesellschaft muss auch die Möglichkeit haben, etwas zurückzufordern, z.B. in Form von gemeinnütziger Arbeit durch leistungsfähige Bürgergeldempfänger.

### Daseinsvorsorge

Die kommunale Daseinsvorsorge, d.h. alle lebensnotwendigen Dinge, die für die wohnortnahe Grundversorgung der Bevölkerung von Bedeutung sind, müssen in der Öffentlichen Hand bleiben. Darunter fällt die Infrastruktur (Krankenhäuser, Entsorgung, öffentlicher Personennahverkehr Internet, Stadtwerke, Wasserversorgung). Auch die flächendeckende Versorgung mit Hausärzten oder Kindergärten, flächendeckende Angebote der Daseinsvorsorge spielen eine wichtige Rolle, um gleichwertige Lebensverhältnisse, vor allem auf dem Land, in ganz Bayern zu erreichen. Die Bayernpartei unterstützt dabei auch die Initiativen von Bürgern der ländlichen Regionen, die ihre Versorgungssicherheit selbst in die Hand nehmen und Dorfläden oder Bürgertaxis gründen.

### Gesundheitsversorgung

Die Profitorientierung im Gesundheitswesen muss zurückgedrängt werden! Eine zunehmende Kommerzialisierung im Gesundheitswesen lehnen wir ab. Das Gesundheitssystem soll sich primär an medizinischen Kriterien für eine bessere Versorgung orientieren. Ein Krankenhaus muss möglichst wirtschaftlich haushalten, darf aber nicht ausschließlich profitorientiert ausgerichtet sein. Die Bayernpartei sieht im Erhalt der ländlichen Krankenhäuser als Vollversorger eine zentrale Aufgabe für die Politik, um eine flächendeckende Grundversorgung zu sichern.



## Wohnen

Genossenschaftliches Wohnen soll für bezahlbaren Wohnraum sorgen. Da hauptsächlich im städtischen Umfeld ältere Mitbürger im Ruhestand aufgrund der hohen Wohnkosten in sehr unwürdigen finanziellen Verhältnissen leben müssen, unterstützt die Bayernpartei die Förderung von Wohnmodellen für die Umsetzung selbstbestimmten Wohnens im Alter sowie für Menschen mit Behinderung. Entsprechende Wohnkonzepte sollen bereits in Planungs- und Bauprozessen mit eingebunden werden. Ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger müssen so lange wie möglich selbstständig in ihrer gewohnten Umgebung leben können.

## Selbstbestimmte Pflege

Wohn- und Pflegekonzepte sollen von den Bewohnern und Bewohnerinnen hauptsächlich in Form von subsidiärer und gegenseitiger nachbarschaftlicher Hilfe im Alltag selbst getragen und darüber hinaus mit öffentlichen Fördergeldern unterstützt werden. Eine Pfl egetätigkeit durch Angehörige soll als Leistung für das Allgemeinwohl anerkannt und entsprechend mit einem Pflegegeld honoriert werden.

## Behindertengerechte Gesellschaft

Eine gleichberechtigte Teilhabe muss nicht nur gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention ermöglicht werden: die BP fordert, dass alle öffentlichen Gebäude sowie der ÖPNV in der Stadt und auf dem Land sukzessive barrierefrei ausgestattet werden müssen.

## Generationengerechtigkeit

Die Bayernpartei respektiert die Leistung der Generationen unserer Eltern und Großeltern, die unser Land nach dem zweiten Weltkrieg wieder aufgebaut und zu einem hochentwickelten Freistaat gemacht haben. Auf einem gegenseitigen Miteinander der Generationen fundiert seit jeher unser gesamter Wohlstand und unsere Tradition in Bayern. Dieser hart erarbeitete Wohlstand muss für die nachfolgenden Generationen erhalten bleiben. Genauso wie die Älteren einen Anspruch auf einen würdevollen Ruhestand haben, dürfen den Jüngeren ihre Zukunftschancen nicht durch willkürliche staatliche Umverteilung genommen werden.

## VI. Wirtschaftspolitik für Bayern

### Schlanke öffentliche Verwaltung für Bayerns Wirtschaft

Bayerns Unternehmer und Unternehmen müssen immer mehr Ressourcen und finanzielle Anstrengungen dafür aufwenden, der drastisch ausufernden Bürokratie gerecht werden zu können. Damit muss Schluss sein! Die Bayernpartei fordert deshalb eine schlanke öffentliche Verwaltung anstatt des seit Jahrzehnten versprochenen „Bürokratieabbaus“ der nie auch nur ansatzweise in Gang gebracht wurde.

### Keine politisch motivierten Eingriffe in Märkte, Prozesse und Lieferketten

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen deutlich, dass fast immer, wenn Politik glaubte, der bessere Unternehmer zu sein, dies zu erheblichen negativen Folgen für die Wirtschaft und die Bürger führte. Politische Einmischung in wirtschaftliche Prozesse hatte drastisch steigenden Zinsen, eine galoppierende Inflation, Lieferengpässe und erhebliche Preissteigerungen für Rohstoffe, Güter und Produkte aller Art zur Folge. Gleichzeitig begünstigt dies auch eine Schwächung, den Ausverkauf und die Abwanderung unserer Bayerischen Wirtschaft – auch dies muss verhindert werden.

### Innovation statt Ideologie

Innovation ist *der* Motor positiver wirtschaftlicher Entwicklung und bedeutet das permanente Infragestellen des Status quo verbunden mit dem Wunsch, Produkte und Prozesse zum Wohle aller zu verbessern. Sie kann nur gelingen, wenn ihre Grundlagen unpolitisch und ideologiefrei gestaltet sind

und sie nicht als verlängerter Arm der Politik verstanden wird. Die Bayernpartei fordert deshalb Innovation statt Ideologie.

#### Abschaffung der Gewerbesteuerumlage

Über die Gewerbesteuerumlage werden Bund und Freistaat an den Einnahmen der Gemeinden aus der Gewerbesteuer beteiligt. Etwa 20 % dieser Einnahmeart haben die Kommunen an übergeordnete Ebenen abzuführen. Die Bayernpartei fordert die Abschaffung der Gewerbesteuerumlage, um den Gemeinden größere finanzielle Spielräume bei der Erledigung der kommunalen Aufgaben zu geben.

#### Vereinfachung des Steuerrechts

Das deutsche Steuerrecht kennt mehr als 70.000 Einzelvorschriften und 80 % der weltweit vorhandenen Literatur über Steuerrecht ist in deutscher Sprache geschrieben. Diese Komplexität ist systembedingt und nimmt bei jeder Steuerreform weiter zu. Die Bayernpartei fordert ein gerechtes, einfaches und verständliches Steuerrecht für Bayern, das jeden Steuerzahler in die Lage versetzt, seine Steuererklärung nachzuvollziehen und selbst zu verfassen.

## VII. Landwirtschaftspolitik für Bayern

Bayern wird von seiner Bevölkerung und seinen Landschaften geprägt. Unsere Kulturlandschaft, unsere Heimat, wird seit Generationen von vielen engagierten und verantwortungsvollen Bauern und Bäuerinnen erhalten und gestaltet. Unsere Landwirte versorgen uns mit gesunden Nahrungsmitteln sowie Energie und pflegen unsere Erholungsräume. Damit die Landwirtschaft auch in Zukunft diese wichtigen Funktionen übernehmen kann, setzt sich die Bayernpartei besonders für den ländlichen Raum und deren Bewahrer ein.

#### Düngeverordnung

Durch klimatische Veränderungen sind die Sperrfristen nicht mehr zeitgemäß. Zudem achten die Landwirte eigenverantwortlich auf eine optimale Düngewirkung und setzen die wertvollen Wirtschaftsdünger dann ein, wenn dieser am besten von den Pflanzen verwertet werden kann. Auch wird durch eine im Jahresrhythmus abwechselnde Fruchtfolge einer Überdüngung des Bodens entgegengewirkt. Die Bayernpartei fordert deshalb eine Aufhebung der Sperrfrist, zumindest aber einer Veränderung dieser.

#### Gentechniken

Der Einsatz von neuen Gentechniken wie CRISPR/Cas bei Pflanzen birgt mindestens vergleichbare Risiken für die Umwelt und menschliche Gesundheit wie die bisherige Gentechnik. Die Wahlfreiheit für gentechnikfreie Lebensmittel darf nicht gefährdet werden. Risikoprüfung und Kennzeichnung mit Gentechnik hergestellter Lebens- und Futtermittel muss sichergestellt werden. Es geht darum, die Wahlfreiheit zu erhalten und die Existenz bäuerlicher Betriebe und Lebensmittelhersteller, die ihre Produkte gentechnikfrei verkaufen, nicht zu gefährden. Die Bayernpartei fordert deshalb:

Bayern muss gentechnikfrei bleiben: Kennzeichnungspflicht für alle Produkte. nur staatliche Versuche in diesem Bereich und keine Patente auf gentechnisch veränderte Produkte

#### Stärkung heimischer Futtermittelerzeugung

Für den Umbau zu einer tiergerechten Tierhaltung müssen zusätzliche Landesmittel für Investitionskostenzuschüsse bereitgestellt werden. Die Ansiedlung weiterer industrieller Mastanlagen muss verhindert werden. Die Tierhaltung muss an die Fläche gebunden werden und privilegiertes Bauen beschränkt werden auf bäuerliche Betriebe, die mehr als die Hälfte des Futters am eigenen Betrieb anbauen.

### Regionale Versorgung

Dezentrale, regionale Versorgungseinrichtungen sind krisen- und katastrophensicherer. Auch deshalb fordert die Bayernpartei dass genossenschaftliche und regionale Vertriebsstrukturen der Landwirte unterstützt, gefördert und ausgebaut werden sollen.

### Höfesterben beenden

Nach wie vor schließen jedes Jahr mehr als tausend Betriebe in Bayern ihre Höftore. Das darf die Regierung nicht länger zulassen. Erzeugerpreise müssen endlich kostendeckend werden. Dazu muss die gemeinsame Marktordnung auf EU-Ebene so verändert werden, dass Erzeugergemeinschaften mitbestimmen können. Bayern muss eine Bundesratsinitiative für faire Preise starten. Denn die bayerische Kulturlandschaft und bäuerliche Agrarstrukturen gehören zusammen. Agrarsubventionen mit der Gießkanne für Großbetriebe und die Exportlandwirtschaft müssen gestoppt werden.

### Flächenverbrauch reduzieren

Unter dem Deckmantel, Ausgleichsflächen zu schaffen, wird der Flächenverbrauch für die Landwirtschaft verstärkt. Ausgleichsflächen sind zu reduzieren und Baumaßnahmen mit gleichartigen Maßnahmen auszugleichen. „Gleichwertig gegen gleichartig.“ Baufläche muss mit dem Renaturieren von Bauflächen ausgeglichen werden. Nahrungserzeugende Betriebe sollen keine Ausgleichsflächenverpflichtung erhalten

## VIII. Verkehrspolitik für Bayern

Die Bayernpartei steht für ein Miteinander der verschiedenen Verkehrsträger und die Freiheit der Wahl durch den Bürger, wobei eine besondere Berücksichtigung der Ökologie durch Innovationen notwendig ist.

### Mobilität für alle

- Technologieoffenheit statt einseitiger Fixierung auf die E-Mobilität.
- Bedarfsgerechter Ausbau von Staatsstraßen und Schiene.
- Trennung der Verkehrsträger für mehr Sicherheit der unterschiedlichen Verkehrsteilnehmer (insbesondere gesonderte Radwege)
- Keine weitere Verteuerung der Mobilität, egal ob Autoverkehr oder andere Verkehrsträger.
- Die Sperrung ganzer Straßenzüge für den Autoverkehr lehnen wir ab.
- Die Taktzeiten der Bahn im Nahverkehr müssen erhöht werden. Stillgelegte Strecken sind (zu wirtschaftlich vertretbaren Kosten) zu reaktivieren.

### Mobilität in bayerische Hand

- Planung, Bau und Betrieb von Autobahnen zurück in Länderhand
- Die desaströse Situation bei der Deutschen Bahn lässt sich nur durch massive Reformen sowie einer Überführung in bayerische Hand lösen.

## IX. Kulturpolitik und regionale Identität

Im Zuge der Globalisierung und der zunehmenden kulturellen Vereinheitlichung in Deutschland ist viel von Bayerns Identität bedroht.

Die Bayernpartei möchte insbesondere Traditionen, Brauchtum, regionale Sprache und Identität durch eine Vielzahl von Maßnahmen erhalten und fördern.

### Lebendige Heimatsprachen statt Einheitsbrei

Die Dialektförderung sollte bereits im Kindergärten beginnen: Die Kinder sind zu ermuntern, Dialekt zu sprechen.

#### Systematische Förderung der regionalen Sprachen und Dialekte

Anstatt Dialekt sprechende Kinder zu benachteiligen, muss die Präsenz der Heimatsprachen im Unterricht deutlich erhöht werden.

Durch ein Antidiskriminierungsgesetz - nach dem erfolgreichen Vorbild Norwegens – könnte beispielsweise der noch immer vorkommenden Diskriminierung von Dialektsprechern rechtlich ein Riegel vorgeschoben werden.

Im Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk muss die Heimatsprache deutlich stärker präsent sein: Ein Ausbau der Lehrstühle zur Dialektforschung schafft die wissenschaftliche Grundlage für einen Erhalt der Sprachenvielfalt in Bayern.

#### Regionale Baukultur fördern

Gesichtslose Flachdachgebäude und für die Region untypische Architektur haben in Bayern - insbesondere in historischen Ortskernen - nichts verloren. Soweit möglich soll regionaltypische Architektur bei Neubauten Berücksichtigung finden.

Regionale Baukultur muss im Rahmen der Städtebauförderung und dem staatlichen Wohnungsbau eine deutlich wichtigere Rolle spielen.

#### Traditionen und Brauchtümer erhalten

Die Kultur- und Kunstförderung muss stärkere regionale Aspekte berücksichtigen. Tradition und Brauchtum sind ein wichtiges, verbindendes Element jeder Gesellschaft. Die Bedeutung des immateriellen Kulturerbes sollte explizit in der Bayerischen Verfassung verankert werden.

## X. Umweltpolitik für Bayern

Bayerische Bürger haben ein Anrecht auf eine intakte Natur und Umwelt. Klimaschutzpolitik ist ein notwendiger gesellschaftlicher Prozess. Deshalb setzt die Bayernpartei auf Innovationen und nicht auf Verbote.

#### Naturlandschaften Bayerns erhalten

Erhaltung regionaler Kulturlandschaften durch zielgerichtete Programme (bei Streuobstwiesen oder Almen, Mooren als CO<sub>2</sub>-Speicher, Renaturierung von Flüssen und Bächen). Nein zu überdimensionierten Windparks. Photovoltaik gehört aufs Dach und nicht aufs Feld.

#### Neue Flächenversiegelung minimieren

Die drastische Zunahme an Flächenverbrauch in Bayern muss reduziert werden. Eine vorrangige Nutzung von Brachen, etc. muss Vorrang vor der Versiegelung bisher landwirtschaftlich genutzter oder natürlicher Flächen haben.

#### Regionale Materialien verwenden

Förderung des Einsatzes regionaler Baustoffe. Dadurch erfolgt eine Vermeidung langer Transportwege und der daraus resultierenden Emissionen. Hier ist auch besonderes Augenmerk auf umweltverträgliche Dämmstoffe zu legen (Polystyrol ist Sondermüll und keine sinnvolle Lösung).

#### Mehr Eigenständigkeit bei Umwelt- und Verbraucherschutz

Um den regionalen Anforderungen beim Umweltschutz bestmöglich gerecht werden zu können, fordert die Bayernpartei stärkere Rechte und mehr Einfluss auf die Vorschriften des Umweltschutzes. Bundes- und europaweite Regelungen lösen die speziellen bayerischen Anforderungen nicht immer passgenau. Darüber muss mit dem Bund verhandelt werden.